

Malthus, die Ökonomie und die Grenzen des Wachstums

Zurück zur düsteren Wissenschaft?

Vor gut 200 Jahren bedeutete das von Thomas Malthus aufgestellte Bevölkerungsgesetz einen tiefen Einschnitt in die vom Aufbruch der französischen Revolution geprägte politische und ökonomische Diskussion. Dass sich Malthus pessimistische Vorhersagen letztlich nicht erfüllten, hing auch mit dem zeitgleich stattfindenden wirtschaftlichen Epochenwechsel vom solaren Agrar- zum fossilen Industriesystem zusammen. Angesichts dessen Nicht-Nachhaltigkeit stellt sich jedoch die Frage, ob die Ökonomie nicht wieder zur „düsteren Wissenschaft“ wird.

Von Rolf Peter Steferle

Das Bündnis von Natur und Fortschritt zerbrach 1798, als ein junger, noch gänzlich unbekannter Gelehrter ein Pamphlet veröffentlichte, das bis heute die Gemüter beunruhigt. Thomas Robert Malthus, ein Fellow des renommierten Jesus College in Cambridge und Inhaber einer Pfarrstelle in Albury (Surrey), trat mit seinem „Essay on the Principle of Population“ vor die Öffentlichkeit und warf ein neues Argument in die politische Debatte.

England, schon lange Hauptrivale der kontinentalen Vormacht Frankreich, war in jenen Jahren der Schauplatz einer erbitterten ideologischen Auseinandersetzung mit den Konzepten der Französischen Revolution, der Utopie und der politischen „Machbarkeit“. Auf der britischen Insel entstanden die Elemente einer neuen konservativen Weltanschauung. Malthus aber verwandte nicht mehr die überkommene Sprache der Religion, der Philosophie oder der Politik, sondern begab sich auf ein Feld, das bislang noch kaum ideologisch besetzt war. Es war die Ökonomie, die jetzt mit einem Paukenschlag die politische Bühne betrat und sie seitdem nicht mehr verlassen sollte. Seine Gegner waren der englische Jakobiner William Godwin sowie der französische Girondist Condorcet. Beide hatten unter dem Eindruck des revolutionären Hoffnungsaufschwungs Zukunftsentwürfe präsentiert, in denen eine Einheit von politischem und wirtschaftlichem Fortschritt proklamiert wurde.

► Das Bevölkerungsgesetz

Malthus wandte nun dagegen ein, dass der materielle Fortschritt auf den schärfsten Widerstand stoßen werde, der überhaupt denkbar

ist, nämlich auf Schranken, welche die Natur selbst setzt. Dies war der Kern seines berühmten „Bevölkerungsgesetzes“: die Bevölkerung hat demnach die Tendenz, sich „geometrisch“ zu vermehren, während der Boden, von dem die Nahrung gewonnen werden muss, nur in einer „arithmetischen“ Reihe vermehrt werden kann.

Auf den ersten Blick klingt dies willkürlich, es hat aber durchaus einen rationalen Kern. Wenn man davon ausgeht, dass jeder Mensch (oder genauer: jedes Lebewesen) von Natur aus einen gleich bleibenden Hang zur Vermehrung hat, so ist mit einer stabilen Tendenz des Bevölkerungswachstums zu rechnen, wenn keinerlei hemmende Faktoren existieren. Die Bevölkerung wächst dann mit einer exponentiellen Rate, dies ist mit „geometrischem Zuwachs“ gemeint.

Die Bodenfläche dagegen, von der diese Bevölkerung letztlich ernährt werden muss, ist insgesamt gegeben, da die Erdoberfläche nicht wächst. Es ist höchstens denkbar, dass bislang nicht urbar gemachtes Land genutzt wird, doch ist der dadurch ermöglichte Zuwachs der landwirtschaftlichen Nutzfläche natürlich keineswegs Funktion der bereits genutzten Fläche, im Gegenteil: Je mehr Fläche bereits unter dem Pflug ist, desto schwieriger wird es sein, weiteren fruchtbaren Boden zu finden. Der Gedanke, die Nutzfläche lasse sich dauerhaft um einen gleichen Betrag vermehren, - und das meint Malthus mit „arithmetischem Zuwachs“ - ist daher im Grunde eine äußerst optimistische Annahme. Die Konfrontation beider Tendenzen ergibt nun aber, dass die Bevölkerung immer wieder an harte Grenzen stößt, die ihr von einer knappen und endlichen Natur gesetzt werden.

► Harte Konsequenzen

Diese Aussage hatte eine unmittelbar politische Bedeutung. Aus ihr folgte nämlich, dass sämtliche Versuche einer Umverteilung von Reichtümern letztlich scheitern müssen. Armut und Elend, die durch politische Maßnahmen beseitigt werden, kehren zurück, da die Bevölkerung immer wieder bis an die Grenze des Möglichen wächst. Die Armut erzeugt sich mit Notwendigkeit selbst, und es gibt keine politischen Möglichkeiten, wie dem abzuwehren wäre.

Allerdings hatten sowohl Godwin als auch Condorcet diesen Einwand, der seit der Mitte des 18. Jahrhunderts in das Repertoire der Utopiekritik gehörte, bereits vorausgesehen. Godwins Lösung lag in der Vision einer zunehmenden Vergeistigung der Menschheit im Zuge ihres Fortschritts, in deren Folge die Neigung zur Vermehrung abnimmt. Condorcet empfahl hingegen weit handfestere Methoden einer Geburtenbeschränkung durch Präventionsmittel, die dieses Problem ebenfalls lösen sollten. Wenn es gelang, das Wachstum des Wohlstands von dem Wachstum der Bevölkerung zu entkoppeln, war in der Tat ein Ausweg aus dem Dilemma in Sicht. Was ein aristokratischer Libertin in Paris propagieren konnte, galt jedoch in England als so abwegig, dass Malthus nicht genötigt war, auf diesen Einwand stärker einzugehen. Dennoch verschob sich seine Argumentation im Zuge der späteren Ausarbeitung der Theorie, und verhaltensbedingte Faktoren wurden stärker berücksichtigt.

Insbesondere die Geburtenzahlen folgen nicht einer äußeren Mechanik des Nahrungsangebots, sondern können durchaus von den Menschen selbst gesteuert werden, und zwar durch einen verantwortlichen Umgang mit ihrem Sexualtrieb. Hier gibt es für Malthus lediglich einen moralisch legitimen Weg: Kinder darf nur in die Welt setzen, wer auch in der Lage ist, sie zu ernähren. Dies bedeutet aber umgekehrt, dass reale Armut auf ein moralisches Fehlverhalten (zumind. der Eltern) zurückzuführen ist. Wer dagegen sein Vermehrungsverhalten rational und verantwortlich kalkuliert, entgeht selbst der Armut und erspart diese seinen Kindern. Das Bevölkerungsproblem hat also prinzipiell eine harmonische Lösung, die im Verhalten der Individuen selbst gefunden werden kann.

In der Tat bildete dieser Weg die Grundlage für den historischen Prozess, den man als „demographischen Übergang“ bezeichnet. In den Industrieländern wurde die Fortpflanzung

zunehmend einem rationalen Kalkül unterstellt, Kosten und Nutzen des Nachwuchses wurden gegeneinander abgewogen, und das Ergebnis war ein drastischer Rückgang der Geburtenzahlen. In dieser Angelegenheit hat jedenfalls Condorcet über Malthus triumphiert.

Malthus entwarf eine Gesellschaft, die vollständig dem liberal-marktwirtschaftlichen Prinzip entspricht und sich, diesem Prinzip folgend, selbst im Gleichgewicht hält. Das bedeutet zugleich, dass jede Intervention in diese selbst-regulierte Wirklichkeit schädliche Konsequenzen haben muss. Dabei ist vor allem an staatliche Armenunterstützung gedacht, die Malthus ganz konsequent als Subventionierung des Bevölkerungswachstums interpretiert. Armenunterstützung produziert Armut, denn sie entlastet die Armen von den schädlichen Folgen ihres Vermehrungsverhaltens und nimmt ihnen das Motiv zur Eigenverantwortung. Die sozialpolitische Pointe von Malthus Bevölkerungsgesetz liegt daher in einer Einstellung jeder (staatlichen) Armenfürsorge.

► Düstere Wissenschaft Ökonomie

Das Bevölkerungsgesetz wurde zu einem Eckpfeiler der klassischen Politischen Ökonomie, die sich im zweiten und dritten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts ausprägte und die wirtschaftspolitischen Debatten dominierte. Die liberalen, freihändlerischen Ökonomen von David Ricardo bis John Stuart Mill standen unter dem Bann dieses Arguments. Dadurch trug die Ökonomie in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts durchweg trostlose, hoffnungslose Züge. Thomas Carlyle sollte 1851 von der „dismal science“ sprechen, von der düsteren Wissenschaft. Die Ökonomen machten in jener Zeit keine Versprechungen von einer besseren Welt des allgemeinen oder gar wachsenden Wohlstands, im Gegenteil. Sie sprachen von den harten Tatsachen der wirtschaftlichen Gesetzmäßigkeiten, die allen Bestrebungen politischer Gestaltung unverrückbare Grenzen setzten.

Malthus Theorie war der härtestmögliche Einwand gegen jede sozialpolitische Reform, gegen Umverteilung oder gar gegen den Sozialismus. Dies war der Grund, weshalb Sozialreformer und Sozialisten von nun an nicht nur genötigt waren, ökonomisch zu argumentieren und sich nicht länger mit politisch-moralischen Entwürfen zufrieden geben konnten. Sie mussten auch einen prinzipiellen und tragfähigen Ausweg aus dem Bevölkerungsdilemma finden.

► Auswege aus dem Dilemma

Ein erstes Argument, das in diesem Zusammenhang vorgebracht wurde, lautete, dass die Nahrung durch Arbeit erzeugt werde, so dass ihre Produktion im gleichen Tempo wie die Bevölkerung wachsen könne. Dem stand jedoch ein in diesen Jahren entdeckter Zusammenhang entgegen, das sogenannte Gesetz vom abnehmenden Grenzertrag der Arbeit. Wenn man es mit konstanten Naturbedingungen zu tun hat, vor allem also mit einer gegebenen Bodenfläche, so ist zu erwarten, dass bei zunehmendem Arbeitsaufwand der Ertragszuwachs immer stärker abnimmt, bis irgendwann eine Grenze erreicht ist, an der keine Ertragssteigerung mehr möglich ist. Wenn alle Naturbedingungen vollständig ausgeschöpft sind, wird ein stabiler stationärer Zustand erreicht. Die Nahrungsproduktion hat dann ebenso ihr Maximum erreicht wie die Bevölkerungsgröße. Da aber auch die industrielle Produktion letztlich auf agrarische Ressourcen angewiesen ist, hat auch ihr Wachstum eine Grenze. Die Natur selbst hat den Rahmen für die Ökonomie gesteckt, und dieser Rahmen kann nicht gesprengt werden.

Der einzige Ausweg liegt in grenzenlosem technischen Fortschritt und einem entsprechenden Wachstum der Produktivität. Vor allem Sozialisten, die vom malthusianischen Einwand gegen die Möglichkeit eines Wachstums des Wohlstands beunruhigt waren, griffen dieses Argument begeistert auf. Trotzdem blieb ein Rest von Unbehagen, und Marx hat wohl keinen Ökonomen so gehasst wie Malthus.

► Malthus aus heutiger Sicht

Betrachtet man das Malthussche Bevölkerungsgesetz aus einem Abstand von 200 Jahren, so wird deutlich, dass es an einer merkwürdigen Epochenchwelle formuliert wurde. Heutige Ökonomen und Demographen werden nicht müde zu versichern, wie sehr sich Malthus geirrt habe. Er hielt Großbritannien zu einer Zeit für überbevölkert, als dort nur etwa 10 Millionen Menschen lebten, während es heute fast 60 Millionen sind. Berücksichtigt man die Tatsache, dass zugleich der Pro-Kopf-Verbrauch von Gütern aller Art, auch von Lebensmitteln, drastisch gestiegen ist, so wundert es nicht, wie rasch seine Analyse in die Rumpelkammer abgelegter Ideen wanderte. Dennoch ist seine Theorie im zeitgenössischen Kontext so wahr, wie eine zeitgebundene Theorie überhaupt wahr sein kann.

Malthus, wie alle klassischen Ökonomen von Ricardo bis Mill, argumentiert vollständig innerhalb des Rahmens der Agrargesellschaft und bringt daher die Logik des traditionellen Solarenergiesystems zum gleichen Zeitpunkt auf den Begriff, wie sich dieses in ein neuartiges System transformiert. Abhängigkeit von der Fläche, abnehmender Grenzertrag und die daraus folgende Tendenz zu einem stationären Zustand sind Grundmerkmale dieses Systems. Technische Fortschritte, die die Produktivität erhöhen, gibt es in diesem System zwar immer wieder, doch bleiben sie Episoden, münden immer wieder in einen stagnierenden Zustand ein. Dauerhaftes kontinuierliches „Wachstum“, wie es in den letzten 200 Jahren stattfand, ist in diesem Zusammenhang kaum denkbar.

Das Wirtschaftswachstum der Industriepériode, das die enorm gewachsene Bevölkerung nicht nur ernährt, sondern sogar bessergestellt hat, beruht auf zwei miteinander verschränkten Prozessen, deren Bedeutung im 19. Jahrhundert noch kaum erkannt wurde: dem Zugriff auf fossile Energieträger in Kombination mit wissenschaftlich-technischen Effizienzsteigerungen (1). Hierbei handelt es sich allerdings um zwei Vorgänge, die nicht notwendig miteinander verbunden sind: Mit der Nutzung fossiler Energieträger wird ein einmaliger Bestand verzehrt, der sich nicht erneuert. Eine Wirtschaft, die auf einer solchen Grundlage beruht, kann daher nicht dauerhaft sein. Wissenschaftlich-technische Effizienzsteigerungen haben dagegen keine prinzipielle Grenze, doch müssen sie letztlich doch immer ein physisches Korrelat finden, mit dessen Hilfe sie sich verwirklichen können.

Der „Irrtum“ von Malthus lag darin, dass er den Charakter dieses neuen Systems nicht erkannt hat, doch teilt er diesen Irrtum mit sämtlichen Zeitgenossen, von Ricardo bis Marx. Historisch falsifiziert wurde er von den Wachstumschancen, die das neue fossile und wissenschafts-gestützte System bot. Daher sind die billigen Triumphe seiner späteren Beobachter durchaus berechtigt. Allerdings sollte nicht übersehen werden, dass die enormen historischen Wachstumspotenziale im Grunde nur für die Frühphase des fossil-industriellen Systems gelten. Wenn die leicht zugänglichen Ressourcen erschöpft sind, tritt wieder der alte Wettlauf zwischen Innovation und abnehmendem Grenzertrag ein, vielleicht sogar die Rückkehr zu einem (jetzt technisch gestalteten) Solarenergiesystem. Dann werden wieder Naturschranken spürbar, die seit einiger Zeit für überwunden galten.

► Zukunftsperspektiven

Längerfristig behält daher vielleicht die klassische Politische Ökonomie recht, und an die Stelle eines kontinuierlichen Wirtschaftswachstums treten die Wachstumskaskaden, die John Stuart Mill im Auge hatte: Grenzen des Wachstums, die sich immer wieder als elastisch, wenn auch zäh erweisen, und die von den Naturbedingungen der Wirtschaft gesetzt werden. Stanley Jevons, einer der Väter der Grenznutzentheorie, hat bereits 1865 darauf hingewiesen, dass man nach Ende des fossilen Zeitalters zu einem Solarenergiesystem zurückkehren muss, das fatale Ähnlichkeit mit der agrarischen Vergangenheit haben wird. Auch Jevons irrte sich, denn er war davon überzeugt, dieser Übergang stehe unmittelbar bevor.

George Bernhard Shaw drückte gegen Ende des 19. Jahrhunderts einen Stimmungswandel aus, als er sagte, die Ökonomie habe sich von einer „düsteren Wissenschaft“ in eine Wissenschaft der Hoffnung verwandelt. Jetzt wurde ein wachsender Lebensstandard versprochen, der durch einen umverteilenden Sozialstaat auch für diejenigen erreichbar werden sollte, die selbst keinen Zugang zum Wirtschaftsgeschehen hatten. Das zwanzigste Jahrhundert war schließlich davon überzeugt, dass durch eine geschickte Wirtschaftspolitik „Wohlstand für alle“ möglich sei. Erst in den letzten Jahren kündigt sich ein erneuter Stimmungsumschwung an. Die Ökonomie ist dabei, sich wieder in eine „düstere Wissenschaft“ von den harten, unentrinnbaren Fakten – der Globalisierung und der Umweltkrise – zu transformieren, angesichts derer die politischen Zugriffsmöglichkeiten ebenso schrumpfen wie die Hoffnungen auf bessere Zeiten.

Anmerkung

(1) Vgl. hierzu Siefert, Rolf Peter: Rückblick auf die Natur. Eine Geschichte des Menschen und seiner Umwelt. Luchterhand, München 1997.

Der Autor

Prof. Dr. Rolf Peter Siefert lehrt Neuere Geschichte an der Universität Mannheim und befasst sich mit Fragen der Umweltgeschichte.

Kontakt: Bergstr. 59, 69120 Heidelberg,
Tel. 06221/ 410071, Fax 06221/ 451472,
E-mail rpsiefert@t-online.de

Neue ökonomische Perspektiven durch Local Players?

Rückblick in eine mögliche Zukunft

Ungewisse Zukunftsprognosen für die sich globalisierenden Märkte und Gesellschaften und das Scheitern der „großen Entwürfe“ lenken den Blick zunehmend auf neue Akteure. Im Diskurs über zukunftsfähige Wege stehen Faktoren wie lokales Wissen und regional orientierte ökonomische Praktiken, die an historisch vergangene Vergesellschaftungsformen anknüpfen, hoch im Kurs. Inwieweit diese neue Impulse liefern können, wird am Beispiel der jüngeren Sozialgeschichte einer westfälischen Kleinstadt aufgezeigt.

Von Christa Müller

Es rettet euch kein Billiglohn“ titelt Krisis-Redakteur Norbert Trenkle in der Oktoberausgabe der *konkret* (1). Er vertritt die These, dass die Dienstleistungsgesellschaft als historische Nachfolgerin der sogenannten Arbeitsgesellschaft Fiktion bleiben wird. Trenkles Vision ist düster – und reiht sich damit in den derzeit unüberhörbaren Kanon pessimistischer Zukunftsprognosen ein.

Wenn im Niedergang des industriellen Paradigmas so wenig Potenzial für eine zukunftsfähige Entwicklung gesehen wird, wäre es ja vielleicht die „Unterwelt“ des Industrialismus wert, unter neuen Blickwinkeln betrachtet zu werden. Wenn die Moderne als Gesamtprojekt zu scheitern droht, könnte möglicherweise das von ihr zu Überwindende – jedoch keineswegs Überwundene – eine bislang noch unterschätzte Rolle für die Zukunft spielen.

Konkret: Wird die unbezahlte und geringgeschätzte Arbeit für das (Über-)Leben zukünftig im Mittelpunkt gesellschaftlicher Aktivitäten und Wertschätzung stehen, ohne dass ihre ProtagonistInnen verarmen? Wird die Subsistenzproduktion der Marktproduktion als anerkannte gesellschaftliche Produktion den Rang ablaufen? Werden die Regionen zu Orten zukunftsfähiger Produktions- und Tauschformen? Wird die Vorstellung vom „guten Leben“ nicht in der Transzendierung, sondern in der Inszenierung sinnhafter Tätigkeiten zur Gestaltung des eigenen Lebens bestehen?

Man könnte es zumindest ausprobieren. Aber offensichtlich bedarf es mehr als der wohlwollenden Einsicht in die ökologisch-soziale Krise der Weltgesellschaft, um ökonomisches Handeln zu transformieren: Das Problem von Regio-

nalisation ist, dass sie eine neue soziale Praxis erfordert, die erst durch sie selbst entstehen kann.

Selbstbestimmung war historisch stets zentrale Voraussetzung für die Realisierung überschaubarer, sozial und ökologisch verträglicher Vergesellschaftungsprozesse. Das wird auch in Zukunft so sein. Zu analysieren, auf welche Weise die Selbstbestimmung abhandeln gekommen ist, ist eine Prämisse für den Versuch ihrer Re-Installation, entspräche also quasi einem Rückblick in eine mögliche Zukunft.

► Schnittstellen zwischen Vergangenheit Zukunft

Eine solche Analyse habe ich am Beispiel der westfälischen Kleinstadt Borgentreich vorgenommen (2). Diese circa 2400 EinwohnerInnen große Gemeinde war auffällig lange fast ausschließlich von Bauern und Handwerkern und den von ihnen geschaffenen lokalen Wirtschaftskreisläufen geprägt. Ihr Weg „von der lokalen Ökonomie zum globalisierten Dorf“ besteht aus der Integration einer bis weit in die sechziger Jahre ökonomisch weitgehend eigenständigen Dorfkonomie in den Weltmarkt. Eine Re-Installation von regionaler Selbstbestimmung darf allerdings nicht verwechselt werden mit einer Re-Installation historisch vergangener Verhältnisse, was weder realisierbar noch wünschenswert wäre. Allerdings sind die Schnittstellen zwischen „vergangen“ und „neu“ größer als gemeinhin angenommen, und auch das spielt eine große Rolle für die soziale Praxis von heutigen Regionalisierungsbewegungen vor Ort. Bereits seit längerem besteht Konsens darüber, dass die Annahmen der Modernisierungstheoretiker, nach denen der Übergang von der „tradi-

(c) 2010 Authors; licensee IÖW and oekom verlag. This is an article distributed under the terms of the Creative Commons Attribution Non-Commercial No Derivates License (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/>), which permits unrestricted use, distribution, and reproduction in any medium, provided the original work is properly cited.